

Bürgeranfrage an den Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit im Rahmen der Sitzung vom 18.02.2014

1)

Bis zum heutigen Tage hat der Regierungspräsident Johannes Baron nicht über die mittlerweile mehrfache politische Willensbekundung der Stadtverordnetenversammlung, die obere Forstbehörde (RP) möge doch den Westwaldgürtel der Stadt Darmstadt zu Bannwald ausweisen, verfügt.

Natürlich hoffen insbesondere die Anwohner der Weststadt darauf, dass dieses nur schwer verständliche Vollzugsdefizit nun mit der anstehenden Nachfolge im Amt beseitigt wird und der Westwald Bannwald werden darf.

Nachdem starke Signale der Vergangenheit ungehört blieben, ist vielleicht nun eine andere Handhabung zu erwarten.

Frage 1:

Welches starke Signal wollen die Stadtverordneten einer künftigen Nachfolge im Amt des Regierungspräsidenten senden, um nach Möglichkeit die überfällige Ausweisung des Bannwaldes unterstützend herbeizuführen? Welche Empfehlung könnte der Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit hier im Weiteren geben?

Antwort zu Frage 1:

Mit Stadtverordnetem Beschluss vom 31.05.2012 (Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne und CDU vom 29.05.2005 betreffend Westwaldausweisung als Bannwald) wurde der Magistrat aufgefordert die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Waldgürtel westlich von Darmstadt als Bannwald gemäß §22 des damals geltenden Hessischen Forstgesetzes ausweisen zu lassen. Die Stadt Darmstadt hat mit Unterschrift der damals zuständigen Dezernentin Frau Lindscheid am 09.07.2013 einen erneuten, überarbeiteten Antrag auf Bannwaldausweisung (1. Bannwaldantrag vom 31.03.2006) beim Regierungspräsidium Darmstadt, Obere Forstbehörde, gestellt. Über diesen Antrag hat das RP Darmstadt bis zum heutigen Tag noch nicht entschieden. Bannwald wird nicht auf Antrag ausgewiesen, sondern kann gemäß §13 Hess. Waldgesetz von der Oberen Forstbehörde dazu erklärt werden.

2)

Die Waldkolonie ist bereits heute stark von Liefer- und Schwerlastverkehr betroffen. Dies ist vor allem deshalb so, weil unser Quartier einerseits in der Zange der Gewerbegebiete im Norden und Süden liegt, und deren Anbindung über zwei Autobahnen in seinem westlichen Rücken. Die verkehrlichen Beziehungen sind ganz offenbar. Die Bewohner der Waldkolonie leiden schon heute unter dem Lärm und Dreck der Straßen und Autobahnen! Weitere Maßnahmen für die Fortschreibung eines bestehenden Luftreinhalteplans, sowie eine Umweltzone, in einer noch nicht festgelegten Dimensionierung, scheint den westlichen Teil der Stadt komplett aussparen zu wollen. Wenn sich eine Umweltzone wie ein Sperrriegel vor die Weststadt legt, könnte man mutmaßen, dass man sich den zusätzlichen, lästigen Verkehr und viel wichtiger den Dreck dazu aus der „Innen“ Stadt herauswünscht, dies alles aber von der Weststadt aufgenommen werden soll!

Frage 2:

Welche Maßnahmen sollen für eine bessere Luft und Verkehrsberuhigung in der Waldkolonie, respektive für die Weststadt ergriffen werden, damit auch unsere Gesundheit erhalten bleibt?

Antwort zu Frage 2:

Wie Sie bereits festgestellt haben, plant die Stadt Darmstadt die Einführung einer Umweltzone. Die genaue Abgrenzung befindet sich noch im Abstimmungsprozess u. a. mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Es ist jedoch nicht angedacht die Waldkolonie von dieser Umweltzone auszunehmen, da die Umweltzone für die Gesamtstadt gelten soll. Eine Verkehrsentslastung ist unter Berücksichtigung des derzeit generellen Mobilitätsverhaltens nicht vorstellbar, da es keine Alternativrouten gibt. Die Michaelisstraße hat als Hauptverkehrsstraße die Verteilungsfunktion innerhalb der Waldkolonie und dient den Bewohnerinnen und Bewohnern der Waldkolonie und Weiterstadt Süd als Zuführung zu den Gewerbegebieten West und Südwest. Sollten die heute noch militärisch und durch die Bahn genutzten Flächen einer neuen Nutzung zugeführt werden, kann im Zuge einer stadtebaulichen Umstrukturierung über alternative Trassenführungen nachgedacht werden.